Folgende wesentliche Anregungen und Hinweise wurden von Seiten der **Träger öffentlicher Belange** mitgeteilt:

Anregung	Abwägungsvorschlag
B5_Verkehrsverbund Großraum Nürnberg GmbH, Nürnberg	
B5.1) Auswirkungen der geplanten Erneuerung des Bahnübergangs in der Forsthausstraße in der weiteren Planung berücksichtigen.	Gem. Verkehrsuntersuchung können mit der Planung zur Erneuerung des Bahnüberganges die Verkehrsabläufe verbessert und die Verkehrssicherheit am Bahnübergang erhöht werden. Auswirkungen auf den Bebauungsplan ergeben sich insofern nicht. Heute bereits bestehende Sicherheitsproblematiken am Knotenpunkt Parkstraße/ Forsthausstraße können von der Stadt Fürth außerhalb dieses Bebauungsplanes gelöst werden.
C6_Wasserwirtschaftsamt Nürnberg, Nürnberg	
C6.2) Empfehlungen im Zusammenhang mit der Planung einer Tiefgarage in der weiteren Schutzzone IIIA, die Gründungssohle mindestens 2 m über den höchsten Grundwasserstand auszubilden; Durchführung von Baugrunduntersuchungen.	Die Hinweise beziehen sich auf die Ausführungsplanung. Sie wurden zur weiteren Veranlassung an den Vorhabensträger weitergeleitet.
C6.3) Der Einsatz durchlässiger Flächenbeläge zur Versickerung von Niederschlägen ist in der weiteren Schutzzone IIIA nicht zulässig.	Die im Bebauungsplan festgesetzte Versiegelungsbeschränkung für Stellplätze (St) und Zufahrten zu Garagen (Z) wurde ersatzlos gestrichen. Damit wurde auch die Kennzeichnung zweier Zufahrten zu Garagen durch das Planzeichen „Z“ entbehrlich, da diese lediglich den räumlichen Bereich der Versiegelungsbeschränkung vorgeben sollte. Die Änderungen und Ergänzungen geben Anlass zur Durchführung von erneuten Verfahrensschritten.
G21_Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Nürnberg, Nürnberg	
G21.1) Der Eisenbahnbetrieb auf der westlich vom Plangebiet vorbeiführenden Bahnlinie darf nicht beeinträchtigt werden.	Beeinträchtigungen des Eisenbahnbetriebes sind durch den Bebauungsplan nicht veranlasst. Die verkehrlichen Auswirkungen des Planvorhabens auf den Bahnübergang sind im Rahmen einer Verkehrsuntersuchung gutachterlich ohne Beanstandungen untersucht worden.
G23_Deutsche Telekom Technik GmbH, Nürnberg	
G23.1) Verkehrswege im Plangebiet so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom anpassen, dass bestehende Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.	Lagegenaue Ermittlungen des Leitungsbestandes erfolgen im Rahmen der Erschließungsplanung. Sollten im Zuge der Ausführungsplanung bestehende Leitungstrassen verändert oder verlegt werden müssen, trägt die Kosten der Vorhabensträger als Verursacher.
G23.2) Im Bebauungsplan festsetzen, in allen Straßen bzw. Gehwegen geeignete Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,3 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorsehen.	Die Planstraße erhält einen Querschnitt von 8,5 m. Sie ist damit ausreichend breit dimensioniert, um alle erforderlichen Kabel- und Rohrleitungstrassen der technischen Infrastruktur aufzunehmen. Eine textliche Festsetzung ist vor diesem Hintergrund entbehrlich.
E15_Staatliches Gesundheitsamt Fürth	
E15.1) Aufgrund der Lage des Plangebietes im Wasserschutzgebiet ist Wasserwirtschaftsamt anzuhören. Gefährdung des Grundwassers muss sicher ausgeschlossen werden können.	Wasserwirtschaftsamt wurde am Verfahren beteiligt. Durch Auflagen im Baugenehmigungsverfahren können die Vorgaben der Wasserschutzgebietsverordnung berücksichtigt werden.
E15.2), E15.3) Hinweise auf verschiedene Auflagen in Abhängigkeit der Schutzzone.	Hinweise wurden auf die Baugenehmigung verwiesen. Sie wurden zur weiteren Veranlassung im Rahmen der Erschließungsplanung auch an Fachdienststellen der Stadt sowie an den Vorhabensträger weitergeleitet.
E15.4) Erhebliche Bedenken aufgrund Lärmbelastung. Aktive Schallschutzmaßnahmen ausschöpfen.	Das schalltechnische Gutachten wurde nach der öffentlichen Auslegung überarbeitet und die Vorkehrungen zur Vermeidung und Minderung schädlicher Umwelteinwirkungen ergänzt. Als aktive Schallschutzmaßnahme sind in Verlängerung der Westfassaden der drei westlichsten Gebäude (in WR1 und WR3)

STADT FÜRTH
 AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 354 „JOHANNES-GÖTZ-WEG“
 ABWÄGUNG ÜBER DIE IM BETEILIGUNGSVERFAHREN GEM. § 13A ABS. 2 NR. 1 I.V.M. § 4 ABS. 2 BAUGB EINGEGAN-
 GENEN STELLUNGNAHMEN -Kurzfassung-

	Schirmwände neu festgesetzt worden. Die passiven Schallschutzmaßnahmen wurden durch eine lärmoptimierte Grundrissorientierung verbessert. Die Änderungen und Ergänzungen geben Anlass zur Durchführung von erneuten Verfahrensschritten.
J37 Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Nürnberg	
J37.1) Bitte, alle an der Bauausführung Beteiligten darauf hinzuweisen, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Meldepflicht unterliegen.	Hinweis wurde zur Kenntnisnahme bzw. weiteren Veranlassung an den Vorhabensträger weitergeleitet.
M45 Evang.-Luth. Pfarramt Erlöserkirche, Fürth	
M45.1) Fehlende Analyse der Auswirkungen der Steigerung des Verkehrsaufkommens in der Lerchenstraße.	Die Anregung wurde an den Gutachter weitergeleitet. Seine Stellungnahme vom 01.10.2015 ist Teil des Abwägungs- und Beschlussvorschlages und der Abwägungstabelle (Langfassung) als Anlage beigefügt. Beeinträchtigungen der Qualität des Verkehrsablaufs und der Verkehrssicherheit sind demzufolge aus fachlicher Sicht nicht zu erwarten.
N48 Polizeiinspektion Fürth	
N48.1) Vor allen in den Hauptverkehrszeiten muss an dem Knoten Parkstraße/ Forsthausstraße, auch auf Grund des Bahnüberganges, mit Rückstauungen gerechnet werden.	Die Auswirkungen des Bahnüberganges sind im Verkehrsgutachten auf der Grundlage einer Worst-Case-Szenario Betrachtung untersucht und beurteilt worden (vgl. Gutachten, S. 15f). Im Ergebnis wurde eine gute bis sehr gute Verkehrsqualität des Knotenpunktes nachgewiesen.
O53 Pfleger für Geh- und Radwege, Fürth	
O53.2) Beantragung einer Anwendung der "überarbeiteten Fassung" der Stellplatzsatzung der Stadt Fürth betreffend Abstellplätze für Fahrräder.	Die neu gefasste Stellplatzsatzung ist mit Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 18 vom 14.10.2015 in Kraft getreten und für den Bebauungsplan maßgebend.
O54 Stadtjugendring Fürth	
O54.1) Bitte um Berücksichtigung zusätzlicher Freiflächen für Kinder und Jugendliche.	Freiflächen im Plangebiet werden in Form eines dem Vorhaben dienenden Kinderspielplatzes geschaffen. Hierbei handelt es sich um eine zum Wohnen gehörende private Nebenanlage. Das Erfordernis ergibt sich aus Art. 7 BayBO. Darüber hinaus werden öffentliche Freiflächen für Kinder und Jugendliche mangels Ermächtigungsgrundlage nicht vorgesehen.
Q62 Stadtheimatpflegerin, Fürth	
Q62.1) Geplante Bebauung fügt sich so nicht in das gewachsene Ortsbild von Dambach ein und wird daher nicht befürwortet.	Die Verdichtungszonierung im Plangebiet erfolgt von Osten in Richtung Westen und erfolgt damit in Orientierung an den bestehenden Strukturen. Unter der Prämisse eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden erfolgt hierbei eine Nachverdichtung, die das gewachsene Umfeld jedoch nicht überformt. Änderungen an der städtebaulichen Konzeption sind nicht veranlasst.
Q63 Pflugschaft für öffentliche Anlagen, Fürth	
Q63.1) Erhalt der Baum-Strauch-Hecke am Westrand des Plangebietes. Hierzu Erfordernis, Bebauungsgrenze im Westen und Norden zu vergrößern, weil auch Balkone über Baugrenzen hinausragen dürfen.	Mit dem Ordnungsamt und dem Grünflächenamt abgestimmter absoluter Schutzbereich wird auch durch Balkonanlagen nicht unterschritten. Zwei Bestandsbäume außerhalb des absoluten Schutzbereiches liegen noch außerhalb der Baufenster; eine Fällung dieser Bäume ist daher nicht zwingend geboten.
Q63.2) Hinweis auf mögliche Beschädigungen am Baumbestand/ Wurzelraum während der Bauphase sowie mögliche Eingriffe mit Hinblick auf die geplante Wohnnutzung.	Der Schutz der Bäume einschließlich Wurzelräume ist planerisch im Bebauungsplan festgesetzt. Verstöße gegen Verbote und Einschränkungen können auf Vollzugsebene geahndet werden.
Q63.3) Straßenbegrünung auch im Bebauungsplan festsetzen.	Im Bebauungsplan getroffene räumliche Festlegungen von Baumstandorten können Konflikte bei der Erschließungsplanung, hinsichtlich der Führung von Kanal- und Leitungsinfrastrukturen, auslösen. Die Zielsetzung einer Begrünung des Straßenraumes ist jedoch in der Begründung, Kap. 4.2.1 beschrieben und auch beispielhaft dargestellt. Eine Gestaltung des Straßenraumes bedingt bereits die Festsetzung der Planstraße als „Verkehrsberuhigter Bereich“.
Q63.4) Zu große Planbebauung bedingt unangemes-	Mindestvorgaben für eine Durchgrünung im Plangebiet

STADT FÜRTH

AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 354 „JOHANNES-GÖTZ-WEG“
ABWÄGUNG ÜBER DIE IM BETEILIGUNGSVERFAHREN GEM. § 13A ABS. 2 NR. 1 I.V.M. § 4 ABS. 2 BAUGB EINGEGANGENEN STELLUNGNAHMEN -Kurzfassung-

sene Durchgrünung.	wurden bereits durch Festsetzung getroffen. Im Übrigen s. Abwägungsvorschlag in Zeile Q62.1).
Q63.5) Festsetzung zur Begrünung der Tiefgarage.	Dort, wo keine Überdeckung der Tiefgarage durch die geplanten Gebäude gegeben ist, entstehen überwiegend Gartenflächen. Hier gilt die Pflanzfestsetzung P1, die ein Mindestmaß an Gehölzpflanzungen vorschreibt.
Q63.6) Frage nach Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung.	Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, gelten im vorliegenden Fall als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig (vgl. § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB).
Q64_ Gebäudewirtschaft (GWF), Abteilung Bauaufsicht, Fürth	
Q64.1) Hinweis auf sich in Abhängigkeit der Grundstücksteilung ergebende Abstandsflächen.	Die Planung ist so konzipiert, dass die Abstandsflächen grundsätzlich eingehalten werden. Ggf. auftretende Konflikte zum Abstandsflächenrecht können im Rahmen der Ausführungsplanung/ Baugenehmigung gelöst werden.
Q64.2) Zugängigkeit / Anleiterung 2. Rettungsweg bei WR 2 und 3 sind die 50m Abstand ggf. überschritten (je nach Grundrisssaufteilung).	Der Hinweis wurde auf die Baugenehmigung sowie zur Kenntnisnahme bzw. weiteren Veranlassung auch an den Vorhabensträger weitergeleitet.
Q65 Gewässerschutzbeauftragter der Stadt Fürth (StEF), Fürth	
Q65.2), Q65.3) Durchführung einer Kampfmitteluntersuchung. Die Kanäle in der Parkstraße sind zum Teil hydraulisch überlastet, so dass dort keine Anschlussmöglichkeit besteht. Sollten nur Teilbereiche des Bebauungsplangebietes baulich realisiert werden, so ist dennoch die gesamte kanaltechnische Erschließung des Bebauungsplangebietes erforderlich.	Die Hinweise wurden auf die Baugenehmigung bzw. Erschließungsplanung verwiesen sowie zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung auch an den Vorhabensträger weitergeleitet.
Q66_Amt für Umwelt, Ordnung und Verbraucherschutz, Fürth	
Immissionsschutz	
Q66.1) Eine Überarbeitung des Planentwurfes ist erforderlich, weil ein alleiniger passiver Lärmschutz durch den Einbau von Schallschutzfenstern aufgrund der nachgewiesenen Lärmbelastung nicht ausreichend erscheint.	Das schalltechnische Gutachten wurde nach der öffentlichen Auslegung überarbeitet und die Vorkehrungen zur Vermeidung und Minderung schädlicher Umwelteinwirkungen im Einvernehmen mit dem Ordnungsamt ergänzt. Die Änderungen und Ergänzungen geben Anlass zur Durchführung von erneuten Verfahrensschritten gem. § 4a Abs. 3 BauGB.
Bodenschutz und Altlasten	
Q66.2) Hinweise auf Bodenschutzmaßnahmen bei Bodenbewegungen. Eingedenk der im Fürther Stadtgebiet häufig festgestellten -entsorgungsrelevanten-Schadstoffgehalte (Kupfer und v.a. Quecksilber) in Böden werden vorsorglich orientierende Bodenuntersuchungen empfohlen.	Fragen der abfall- und bodenschutzrechtlich konformen Entsorgung von Bodenmaterial können im Baugenehmigungsverfahren abgearbeitet werden.
Wasserrecht (wassergefährd. Stoffe)	
Q66.4) Hinweis auf Beachtung von Richtlinien und Merkblätter im Zusammenhang mit der Planung von Straßen und Stellplätzen in Wasserschutzgebieten. Hinweis auf Unzulässigkeit der Festsetzung zur Versiegelungsbeschränkung.	In der Begründung wurden die Informationen redaktionell in Kap. 9.4 ergänzt. Die Hinweise wurden auf die Erschließungsplanung bzw. Baugenehmigung verwiesen sowie zur Kenntnisnahme bzw. weiteren Veranlassung an das Tiefbauamt und an den Vorhabensträger weitergeleitet. Versiegelungsbeschränkung: Vgl. Abwägungsvorschlag in Zeile C6.3).
Naturschutz	
Q66.5) Zum Schutz und zum Erhalt der im Nordwesten vorhandenen Bäume ist der Abstand zwischen Bebauung und zu erhaltenden Bäumen dort zu vergrößern	Vgl. Abwägungsvorschlag in Zeile Q63.1). Das Ziel, die Erhaltung der Baum-Strauch-Hecke, ist nicht gefährdet.
Q66.6) Untersagung von Balkonen, Loggien oder zurückgesetzten Dachgeschossen auf den dem Baumbestand zugewandten Gebäudeseiten, um Konflikte z.B. durch Blatt- oder Fruchtfall oder überhängende Äste zu vermeiden.	Konsequent Vorbeugung hieße, auch das Außenwohnen auf Terrassenbereichen und im Hausgarten auszuschließen. Dies kann jedoch nicht ernsthaft das Ziel einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung sein. Die Vorteile eines Erhalts der Baumreihe (Sichtschutz, Staubfilterung, psychologische Lärmbarriere) überwiegen gegenüber den skizzierten Nachteilen. Dies wer-

STADT FÜRTH
AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 354 „JOHANNES-GÖTZ-WEG“
ABWÄGUNG ÜBER DIE IM BETEILIGUNGSVERFAHREN GEM. § 13A ABS. 2 NR. 1 I.V.M. § 4 ABS. 2 BAUGB EINGEGAN-
GENEN STELLUNGNAHMEN -Kurzfassung-

	den sicher auch die Bewohner der in Rede stehenden Wohnungen mit Balkonen/Loggien zu schätzen wissen.
Q66.7) Begrünung der Planstraße. Einsatz von Bäumen 1. Ordnung.	Vgl. Abwägungsvorschlag in Zeile Q63.3). Im Bereich der geplanten Straßenverkehrsflächen sind Bäume 1. Ordnung aufgrund ihrer Größe mit Hinblick auf die Versiegelung, die realistische Größe der Baumscheibe, die Verschattungswirkung, das Lichtprofil und nicht zuletzt die Abstandsflächenvorschriften kritisch zu sehen.
Q66.8) Erhöhung der festgesetzten Stammumfänge bei Pflanzungen im Hausgartenbereich.	Die Festsetzungen sehen Mindestvorgaben vor, die selbstverständlich auch höherwertiger ausfallen können. Sie bleiben unverändert. Unter der Voraussetzung des richtigen Standortes und guter Pflanzenqualität ist ein „an- und aufgehen“ der Bäume gegeben.
Q66.9) Zisternen nicht an der Grenze zum erhaltenen Gehölzbestand errichten.	In der Begründung wurde in Kap. 9.3 redaktionell ergänzt, dass zum Schutz des Wurzelraumes der Baumreihe, Zisternen nicht an der Grenze zum erhaltenden Gehölzbestand errichtet werden sollen.
R67_Bay. Blinden- und Sehbehindertenbund e.V., Bezirksgruppe Mittelfranken	
R67.1 - R67.6) Verweis auf verschiedene Normen, rechtliche Bestimmungen, Regelwerke und Standards der Technik, die bei Planung und Ausführung beachtet werden müssen.	Die Hinweise wurden an den Vorhabensträger und an das Tiefbauamt zur Prüfung und ggf. Berücksichtigung bei der Ausführungsplanung für Gebäude und Straßen weitergegeben. Erschließungsdetails werden im Rahmen der Erschließungsplanung auf Fachplanungsebene festgelegt.
R69_Behindertenrat der Stadt Fürth	
R69.1) Besonders legen wir Wert auf einen abgestimmten, behindertengerechten und nach allen Vorschriften/Vorgaben ausgearbeiteten, und noch kommenden, Erschließungsplan, sowie Grünflächenplan.	Die Hinweise betreffen die Erschließungs- und Genehmigungsplanung. Sie wurden an den Vorhabenssträger und an das Tiefbauamt zur Prüfung und gegebenenfalls Berücksichtigung bei der Ausführungsplanung für Gebäude und Straßen bzw. bei der Erstellung von Bauvorlagen (Freiflächengestaltungsplan) weitergegeben.
R70_Seniorenrat der Stadt Fürth	
R70.1) Entgegen der Verlautbarung des Baureferenten im Bau- und Werkausschuss am 19.02.2014 wurde im Plangebiet nicht sozialer Wohnraum „in geeigneter Weise“ berücksichtigt.	Im Plangebiet werden keine Wohnungen für sozial benachteiligte Personen angeboten. Allerdings wird durch die Schaffung von heterogenen Wohnungs- und Wohnraumangeboten, unter Berücksichtigung heutiger Anforderungen an Wohnbedarfe und -bedürfnisse für verschiedene Bevölkerungsgruppen, eine Durchmischung angestrebt. Im Stadtgebiet stehen hierfür geeignetere Flächen zur Verfügung, die im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung kurz- bis mittelfristig entwickelt werden (z.B. bei der Folgenutzung des NORMA Altstandortes). Denn die Schaffung von sozialem Wohnraum „in geeigneter Weise“ impliziert auch, dass anhand z.B. der Größe des Plangebietes und unter Betrachtung des städtebaulichen und auch wirtschaftlichen Kontextes (Angemessenheit, Verhältnismäßigkeit) geprüft wird, ob sich entsprechende Zielsetzungen harmonisch einfügen und integrieren lassen. Für das Plangebiet „Johannes-Götz-Weg“ ist dies zu verneinen.
S73_Bund Naturschutz in Bayern e. V., Kreisgruppe Fürth	
S73.1) Zu nahes Heranrücken der Gebäude an die Baumreihe stellt deren Erhaltung massiv in Frage. Forderung, die angrenzenden Gebäude um mindestens 5 Meter vom Baumbestand abzurücken.	Der Mindestschutzabstand der Bebauung zu den Bäumen entspricht dem Abstimmungsergebnis mit OA/U und GrfA. Der Schutz und langfristige Erhalt der Baumreihe ist über Festsetzungen im Bebauungsplan ausreichend sichergestellt.
S73.2) Wenn keine Abrückung erfolgt, ist beschleunigtes Verfahren aufgrund zu erwartender wesentlicher Umweltauswirkungen nicht möglich.	Die Bewertung von Natur und Landschaft hat ergeben, dass keine Anhaltspunkte für erhebliche Umweltauswirkungen bestehen. Eine Vorprüfung des Einzelfalls im Sinne des § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB ist aufgrund der geringen zulässigen Grundfläche (Typ-1) entbehrlich. Dem Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz

STADT FÜRTH
 AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 354 „JOHANNES-GÖTZ-WEG“
 ABWÄGUNG ÜBER DIE IM BETEILIGUNGSVERFAHREN GEM. § 13A ABS. 2 NR. 1 I.V.M. § 4 ABS. 2 BAUGB EINGEGAN-
 GENEN STELLUNGNAHMEN **-Kurzfassung-**

	wurde ausreichend Rechnung getragen.
S73.3) Geplante Bebauung wirkt wie ein Fremdkörper und fügt sich nicht in die Eigenart der näheren Umgebung ein.	Vgl. Abwägungsvorschlag in Zeile Q62.1).
S73.4) Begrünung des Straßenraums	Vgl. Abwägungsvorschlag in Zeile Q63.3). Der Anregung wird auf Ebene der Erschließungs- und Ausführungsplanung gefolgt.
S73.5) Als Maßnahmen für den Klimaschutz sind im Bebauungsplan regenerative und ressourcenschonende Heizungssysteme vorzusehen.	Über die EnEV 2014 hinausgehende Anforderungen führen in der Regel zu erheblichen finanziellen Mehraufwendungen. Unter Berücksichtigung von Verhältnismäßigkeitserwägungen und der Diskussion um die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum werden keine entsprechenden Systeme festgesetzt. Der Vorhabens-träger hat jedoch mitgeteilt, dass das aktuelle Bauungskonzept für das gesamte Areal eine Heizanlage vorsieht, die sämtliche Gebäude mit Wärmeenergie versorgen soll.
S73.6) Zum Schutz von Insekten ist als Außenbeleuchtung LED-Beleuchtung festzusetzen.	In Straßenbeleuchtungsanlagen der Infra sind LED-Leuchtmittel bereits Standard. Unter Berücksichtigung von Verhältnismäßigkeitserwägungen wird der Einsatz von LED-Technik auf Privatgrundstücken nicht verbindlich festgesetzt.
Sonstige Anregungen ohne Adressat	
Änderung Kurvenradius der Planstraße im Anschlusspunkt an die Forsthausstraße.	Die Aufweitung des Kurvenradius verbessert die Einsehbarkeit in den Straßenraum der bevorrechtigten Forsthausstraße. Vorbild für die Aufweitung ist der nördlich benachbarte Stich der Forsthausstraße. Durch die Aufweitung werden die unmittelbar angrenzenden Baugrundstücke minimal verkleinert. Die Grundzüge der Planung werden dadurch nicht berührt. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.